

KOMMENTAR

Rettungsversuch
kommt zu spätANNA WESTKÄM-
PER zu den Hallen
Kalk

Der Ausstieg der Montag-Stiftung wirft das Projekt Hallen Kalk um Jahre zurück. Der Bonner Stiftung, die die Zusammenarbeit mit Stadtverwaltungen bereits aus Krefeld oder Halle kennt, ist es in Köln zu chaotisch geworden. Unzuverlässig und ohne striktes Zeitmanagement habe die Stadt gehandelt. Die Intervention von Henriette Reker kommt zu spät. „Eine Rückkehr ist für uns nicht vorstellbar“, heißt von der Stiftung. Das sitzt. Und wirft die Frage auf, wie in Köln Kultur- und Kreativräume auf historisch wertvollen Industrieflächen wie dem Otto-und-Langen-Quartier oder dem ehemaligen KHD-Gelände in Kalk überhaupt noch entstehen sollen, wenn es nicht mal unter Beteiligung einer dafür renommierten Stiftung gelingt.

Das Versagen in der Stadtverwaltung konkret zu verorten, ist nicht leicht – und genau darin liegt das Problem. Projekte wie die Hallen Kalk und das Otto-und-Langen-Quartier münden zwischen den Zuständigkeiten von Baudezernent Markus Greitemann, Stadtentwicklungsdezernent Andree Haack, Liegenschaftsdezernent William Wolfgramm und Kulturdezernent Stefan Charles. Heraus kommt am Ende wenig. Auch seit dem Kauf des Otto-und-Langen-Quartiers durch die Stadt 2021 geht es nicht voran, die beteiligten Kulturakteure dürfen das Gelände aus Sicherheitsgründen nicht einmal betreten.

Die Stadt bleibt damit hinter ihrem Anspruch und hinter modernen Stadtentwicklungsmaßstäben zurück. Auch dem Ratsbündnis aus Grünen, CDU und Volt fehlen Ideen für einen klugen Umgang mit dem historischen Erbe.

Welches Potenzial alte Industrieareale für Wohnungen und Kulturstätten haben, zeigt die alte Samtweberei in Krefeld, an deren Umsetzung die Montag-Stiftung beteiligt war. Hier wird in historischen Mauern gelebt und gearbeitet. Gerade für das Rechtsrheinische in Köln wäre ein vergleichbares Projekt mit den Hallen Kalk ein riesiger Gewinn. In Köln braucht es eine Struktur, in der es für solche Projekte klare Entscheidungsträger gibt – und konkrete Kontaktpersonen für die beteiligten privaten Akteure. Die Stadtspitze muss erkennen, dass auch Kulturprojekte abseits der großen Museumsbauten oben auf der Prioritätenliste gehören.

NOTIERT

Polizei und Zoll ist ein Schlag gegen den organisierten Drogenhandel gelungen. Ermittler durchsuchten Wohnungen und Geschäfte in Köln und Aachen und stellten Drogen, Waffen und Bargeld sicher. (bp)

RADIO KÖLN

„Guten Morgen Köln“ von 6 bis 10: mit Daniel Collmann: Nochmal den Hochsommer genießen. Ausflugsziel Rather See

Debakel bei den Hallen Kalk

Montag-Stiftung zieht sich von Projekt im Rechtsrheinischen zurück – OB Reker interveniert vergeblich

VON PAUL GROSS
UND ANNA WESTKÄMPER

Die Stadtspitze ist nach dem Ausstieg der Montag-Stiftung aus dem Projekt „Hallen Kalk“ massiv unter Druck geraten. Von „Führungsversagen“ und einem „Desaster“ ist in der Opposition des Stadtrates die Rede. Und auch im Ratsbündnis aus Grünen, CDU und Volt ist man keineswegs zufrieden mit dem Stand der Dinge.

Die Montag-Stiftung war der wichtigste Akteur auf dem ehemaligen Industrieareal in Kalk, das zu einem rechtsrheinischen kulturellen Zentrum werden sollte. Die Stiftung war involviert in den Bau und die Entwicklung einer Veedelshalle, eines Kunsthauses, einem Werkstatt- und einem Zentrum für modernen Zirkus. Nun stehen die verbliebenen Engagierten mit leeren Händen vor einer kaum zu lösenden Aufgabe.

Die Stiftung verkündete am Montag überraschend ihren Ausstieg. Dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ gegenüber begründete eine Stiftungssprecherin: „Die Entscheidung, sich nicht weiter im Projekt zu engagieren, basiert auf der Bewertung des gesamten bisherigen Prozesses. Ein Projekt dieser Dimension ist nur in einer Partnerschaft mit maximaler Verlässlichkeit und striktem Zeitmanagement möglich. Das sehen wir auf Seiten der Stadt Köln nicht mehr gegeben.“

Nach Informationen des „Kölner Stadt-Anzeiger“ hat Oberbürgermeisterin Henriette Reker (parteilos) die Verantwortlichen am Mittwoch um ein klärendes Gespräch gebeten. Doch der Versuch, die Wogen zu glätten, kommt wohl zu spät. Die Stiftungssprecherin sagte: „Eine Rückkehr ist für uns nicht vorstellbar.“

Eine Aussage, die eigentlich keinen Raum für Interpretationen lässt. In den Ratsfraktionen laufen dennoch Bemühungen, die Stiftung irgendwie vom Gegenteil zu überzeugen. „Bei den Hallen Kalk nützt es nichts, nach Schuldigen zu suchen. Es gilt jetzt mit allen Beteiligten ins Gespräch zu kommen und das Scheitern dieses einzigartigen



Der Eingang zum Osthof der Hallen Kalk an der Dillenburger Straße.

Foto: Hermans

Projektes abzuwenden“, sagte etwa Sabine Pakulat (Grüne): „Der Rückzug der Montag-Stiftung aus dem Projekt ist ein herber Schlag.“

Niklas Kienitz (CDU) klang am Mittwoch weniger hoffnungsvoll und nannte es „mehr als ärgerlich, dass es mit der Montag-Stiftung offenbar zu größeren Unstimmigkeiten gekommen ist. Offenbar hat hier die ämterübergreifende und projektorientierte Arbeit der Verwaltung nicht gut funktioniert. Das muss deutlich besser werden. Ich hoffe, dass die Verwaltung hier noch einmal das Gespräch sucht, um die Stiftung möglicherweise noch umzustimmen.“

In der Opposition fällt die Kritik an der Stadt sowieso gewohnt scharf aus. Michael Frenzel (SPD) sprach von „Zuständigkeits-Türmchen, in denen kei-

ner mehr mit dem anderen spricht. So versendet jegliche Initiative im Wirrwarr. Dafür tragen die Ratsmehrheit und die

„Ein Projekt dieser Dimension ist nur in einer Partnerschaft mit maximaler Verlässlichkeit möglich

Stiftungssprecherin

Oberbürgermeisterin die volle Verantwortung.“ Die Entwicklung sei „durchaus vergleichbar“ mit dem Otto-und-Langen-Quartier in Mülheim.

Wie in Kalk handelt es auch dort um ehemalige Flächen der

Firma Klöckner-Humboldt-Deutz, die aufgewertet und zu Kultureinrichtungen umfunktioniert werden sollen. Seit dem Kauf durch die Stadt im Jahr 2021 hat die Verwaltung es den Kulturinitiativen allerdings nicht gestattet, das Gelände zu betreten. Lorenz Deutsch (FDP) sagt: „Was in Kalk passiert, macht mich sehr skeptisch mit Blick auf Projekte wie das Otto-und-Langen-Quartier, bei denen sich eine Struktur überhaupt erst finden muss.“ Er betont: „Es gab in Kalk keine konkreten Probleme wie Kostensteigerungen oder eine Baugenehmigung, die nicht möglich ist, sondern es geht darum, dass die Stadt kein verlässlicher Partner ist. Im Stadtvorstand müssen die Alarmglocken läuten. Was wir hier sehen, ist Führungsversagen und ein zerüttetes Verhältnis. Ich erwarte,

dass jetzt Frau Reker eingreift und auf die Stiftung zugeht.“

Die Linksfraktion sieht das Problem darin, dass die Verwaltung alternative Projekte ohne kurzfristige Gewinnerwartungen nicht hoch genug priorisiert. „Der Ausstieg der Montag-Stiftung ist kein Einzelfall. Immer wieder bremst die Verwaltung Initiativen und Projekte aus, zuletzt zum Beispiel raum13.“ Die Künstlerinitiative raum13 hat konkrete Pläne für das Otto-und-Langen-Quartier, wird mit diesen von einer breiten politischen Mehrheit unterstützt, darf sie aber nicht umsetzen.

Marc Leßle ist Teil der Initiative, ihn überrascht der Ausstieg der Stiftung in Kalk nicht. „Wir sehen hier die Folgen eines vor sich hin geschobenen Problems, die wir auch mit raum13 zu spüren bekommen. Die Stadt hatte jahrzehntlang eine schlichte Liegenschaftspolitik: Kaufen, vernageln, abreißen und verkaufen. Jetzt will man Grundstücke halten und entwickeln, doch dafür fehlt die Struktur in der Verwaltung.“ Man müsse dezernatsübergreifend und in Gruppen an Lösungen arbeiten, doch das passiere nicht. „Es geht hier nicht um das Versagen einzelner Protagonisten, sondern um eine Haltung und Struktur in dieser Stadt.“

Von einer Struktur bei dem Projekt Hallen Kalk, das seit sechs Jahren läuft, ist seit Montag nichts mehr zu erkennen. Die Verantwortungsgemeinschaft Osthof (VGO), die sich ebenfalls auf dem Gelände engagiert, zeigt sich geschockt. „Hier hätte ein Ort von enormer Strahlkraft entstehen können. Ein Ort, der in dieser Qualität und Größenordnung vielleicht nur noch mit dem geplanten Umbau des Haus der Statistik in Berlin vergleichbar ist. Wir sind erschüttert über den Ausstieg der Montag-Stiftung.“

Alarmierend für die Stadt dürften vor allem die folgenden Sätze sein. „Wir können die Gründe voll und ganz nachvollziehen. Hier kommt ein langer Prozess zum Stillstand.“ Wie es nach dem Ausstieg der Montag-Stiftung nun weitergehen wird, weiß die VGO nicht.

Drei Männer am Taxistand mit Messer verletzt

60-jähriger Schweißer muss sich wegen versuchten Totschlags vor dem Landgericht verantworten

VON HENDRIK PUSCH

Wegen versuchten Totschlags muss sich ein 60-jähriger Schweißer seit Mittwoch vor dem Kölner Landgericht verantworten. Der Angeklagte soll drei Männer an einem Taxistand in Bilderstöckchen erheblich verletzt haben. Bereits vor drei Jahren hatte eine Kölner Schwurgerichtskammer den Mann zu einer hohen Gefängnisstrafe verurteilt. Der Bundesgerichtshof hob die Entscheidung aber auf.

Der Beschuldigte soll am Tag im Februar 2020 Frühmorgens eine Kneipe verlassen haben, dann an einem Taxistand mit einem späteren Opfer aneinandergeraten sein. Zwei weitere Männer sollen helfend eingegriffen und den Angeklagten zurückgedrängt haben. Der damals 57-jährige soll gegen einen Zaun gedrückt worden sein, dann ha-

ber ein Klappmesser aus einem Holster gezogen. Zwei seiner Opfer soll der Angeklagte erhebliche Verletzungen zugefügt haben. Laut Staatsanwältin rammte er den Kontrahenten das Messer mehrfach in die Brust sowie

Arme und Beine. Einem Opfer wurde ins Herz und in die Oberschenkelarterie gestochen. Der Mann habe so viel Blut verloren, dass nur schnelle Rettungsmaßnahmen von Polizei und Notarzt sein Leben gerettet hätten.

Einen weiteren Mann soll der Angeklagte mit dem Messer noch leicht verletzt haben. Laut dem ersten Urteil des Landgerichts hatten die Helfer zunächst nicht realisiert, dass der Beschuldigte ein Messer in der Hand gehabt habe. Der 60-Jährige soll eines der flüchtenden Opfer noch verfolgt und gerufen haben: „Ich steche Euch alle ab!“. Ein Zeuge konnte den Angreifer letztlich beschwichtigen.

Der Bundesgerichtshof hob das ergangene Urteil von achteneinhalb Jahren Gefängnis nach einer Revision des Angeklagten auf, weil ein angenommener versuchter Totschlag nicht ausreichend begründet worden sei. Demnach käme auch ein freiwilliger Rücktritt von der Tathandlung in Betracht – juristisch bliebe dann eine gefährliche Körperverletzung, die milder bestraft werden kann.

Das Landgericht habe die sub-

jektive Sicht des Angeklagten nicht berücksichtigt, der womöglich nicht von einem wirksamen Tötungsversuch ausging. Damit fiel der Tötungswille und Vorsatz weg. Das Gericht hatte damals eine erhebliche Verminderung der Steuerungsfähigkeit festgestellt. So hatte der Angeklagte bei dem Geschehen zweieinhalb Promille Alkohol im Blut und vorher Kokain konsumiert.

Angeklagter schweigt

Zum Tatgeschehen schwieg der Angeklagte auf Anraten seines Verteidigers Thomas Gros. Der Beschuldigte sitzt seit dem Vorfall in Untersuchungshaft. Er äußerte sich zum Prozessauftakt lediglich zu seinem Lebenslauf. Als er seine Tochter erwähnte, winkte er dieser im Zuschauerraum zu. „Sie ist ein Engel und wunderschön“, sagte der 60-Jährige und strahlte. Der Prozess wird fortgesetzt.



Der Angeklagte (r.) mit Verteidiger Thomas Gros beim Prozessauftakt im Landgericht Köln.

Foto: Hendrik Pusch